

Pflasterlipolitik mit Krankenkassenprämien

Je höher die gesamten Gesundheitskosten, desto höher die Krankenkassenprämien. Oder wie es an der Medienkonferenz vom Dienstag wiederholt zu hören war: Die Prämienentwicklung bildet die Kostenentwicklung ab. Dass es diesmal andersherum läuft, ist einzig dem Abbau von Reserven geschuldet.

Das Zusammenspiel von Prämien und Gesundheitskosten tönt nach Mathematik. Doch in Tat und Wahrheit ist es Politik.

Denn man muss wissen, dass wir mit unseren Krankenkassenprämien nur einen kleineren Teil der Gesundheitskosten abdecken: 2019 nahmen die Krankenkassen für die obligatorische Grundversicherung 31 Milliarden Franken ein. Das sind

bloss 38 Prozent der gesamten Gesundheitskosten von rund 82 Milliarden Franken.

Der zweitgrösste Beitragszahler sind wiederum wir selbst: Selbstbehalt, Franchise, Spitex, Pflegeheim, Zahnarzt oder nicht vergütete Arzneimittel machen 25 Prozent der Gesamtkosten aus. Es folgt die öffentliche Hand mit gut 22 Prozent, was letztlich wieder auf uns Steuerzahlende zurückfällt. Nur dass hier die Reichen mehr beitragen als die weniger Reichen.

Diese Zahlen sind eine Folge politischer Entscheide: Würde man die minimale Franchise erhöhen, den Leistungskatalog der Grundversicherung ausbauen oder die Spitalfinanzierung neu regeln, kämen wir auf andere Prozentwerte.

«**Unsere Prämien decken nur einen kleineren Teil der Gesundheitskosten ab**»

Gopfried Stutz!

Claude Chatelain

Publizist

claude.chatelain@ringier.ch



Nehmen wir das Beispiel stationärer Spitalaufenthalte: Hier zahlen die Kantone 55 Prozent, die Krankenkassen 45 Prozent der Kosten. Nun könnte man zum Beispiel verfügen, dass Kanton 80 und Kassen nur 20 Prozent zahlen. Damit würden Krankenkassenprämien sinken; dafür müssten auf der anderen Seite höhere Steuereinnahmen generiert werden, um die Gesamtrechnung im Lot zu behalten. Wegen der progressiven Einkommenssteuer liefe das auf eine stärkere Umverteilung hinaus.

Ich sage nicht, das sei eine gute Idee. Ich sage, es wäre möglich. Wie die Gesundheitskosten zu finanzieren sind, ist eine politische Frage. Wie gesagt: Die Zahlen gelten für 2019. Die absoluten Zahlen liegen heute darüber; die Prozentzahlen bleiben in etwa gleich. Wobei der 38-Prozent-Anteil der obligatorischen Grund-

versicherung aufgrund des politischen Drucks und buchhalterischer Tricks eher nach unten tendieren dürfte. Das zeigt auch die jüngste Prämienrunde: Es genügt, Reserven anzuzapfen, und schon kann der Bundesrat erstmals seit 14 Jahren sinkende Prämien verkünden.

Zudem stecken noch zwei Volksinitiativen in der Pipeline, die eine Senkung der Krankenkassenprämien zum Ziel haben: die Prämienentlastungs-Initiative der SP, die die Prämienbelastung auf 10 Prozent des Einkommens limitieren will, und die Kostenbremse-Initiative der CVP, die ebenfalls eine Linderung der Prämienlast zum Ziel hat. Doch im Grundsatz gilt: je tiefer die Prämien, desto grösser die Umverteilung.